

1 Wilhelmsburger Eckpunkte für die Hamburger Koalitionsverhandlungen 2015

Zu dem vom Senat vorgelegten Rahmenkonzept „Hamburgs Sprung über die Elbe – Zukunftsbild 2013+“ (Bü.-Drcks. 20/13206) hat der Stadtentwicklungsausschuss am 18.12.2014 eine Bürger_innenanhörung mit einer großen Beteiligung durchgeführt (vgl. Wortprotokoll Stadtentwicklungsausschuss 20/38). Dabei zeigten sich erhebliche Änderungsbedarfe des Konzepts, sodass auch die Fraktionen der Grünen, der Linken und der CDU eine grundlegende Überarbeitung des Rahmenkonzepts gefordert haben.

Wir als an der Anhörung aktiv Beteiligte bitten Sie, die nachfolgenden Punkte in den Koalitionsverhandlungen zu berücksichtigen. Wir verweisen auch auf Stellungnahmen der Kulturgruppen um den Veringkanal.

2 Ziele der Entwicklung

Nach der Flut von 1962 beabsichtigte der Senat, aus dem Wilhelmsburger Westen ein Industriegebiet zu machen und Wohnen nur nachrangig zu ermöglichen. Dies hatte negative Folgen für die Stadtteilentwicklung, viele Menschen zogen aus dem Stadtteil fort. Eine Wende brachte die Bürgerbewegung mit konstruktiver Arbeit am Aufbau des Stadtteils und Impulsen der Zukunftskonferenz, die teilweise von der IBA und IGS aufgenommen und weiter entwickelt wurden. Es darf jetzt keinen Rückfall auf 1965 geben.

Ein Zukunftsbild 2015+ muss den in Wilhelmsburg lebenden Menschen eine soziale, persönliche und berufliche Perspektive mit Teilhabe an Arbeit, Bildung und Kultur öffnen – vor allem dann, wenn sie in weniger privilegierten Verhältnissen leben. Wir brauchen qualitative Sicherung und Erweiterung in den Bereichen des Wohnens und der Bildung, der Arbeit und Kultur, des Naturraums und der Freizeit.

3 Wilhelmsburg braucht eine Integrierte Stadtteilentwicklung.

- 3.1 Notwendig ist die Weiterführung und Verstärkung der Förderprogramme (Sanierung, RISE und vergleichbare Programme).
- 3.2 Die Beiratsstrukturen in den Stadtteilen müssen durch Einrichtung eines Haushaltstitels dauerhaft sicher gestellt werden.
- 3.3 Beteiligung darf nicht auf Sanierungsprogramme und einzelne Planungsvorhaben beschränkt sein.
- 3.4 Wilhelmsburg braucht den Aufbau einer langfristigen, öffentlich mitfinanzierten Gemeinwesenarbeit.
- 3.5 Migranten aus den neuen EU-Ländern sowie Flüchtlinge sind grundsätzlich eine Bereicherung; notwendig ist die materielle und organisatorische Unterstützung von Bildung und Zusammenleben.
- 3.6 Die kreative und kulturelle Entwicklung des Gemeinwesens soll durch Aufbau partizipativer Potenziale und soziokultureller Kompetenzbildung gefördert werden.

4 Der Wohnungsbau muss an dem Bedarf ansetzen.

- 4.1 Vorrangiger dringlicher Bedarf besteht bei den bereits in Wilhelmsburg lebenden Menschen, die keinen adäquaten Wohnraum haben. Dazu gehören auch die Flüchtlinge und die neuen Bewohner_innen aus Osteuropa.
- 4.2 Wohnungsneubau soll Vorrang vor der Ausweisung neuer Gewerbegebiete haben. Dies gilt auch für das Gebiet Haulander Weg. Vorhandene Gewerbegebiete sollen auf Wohntauglichkeit geprüft werden.
- 4.3 Die auslaufenden Sozialbindungen müssen verlängert werden.
- 4.4 Ein Modell für den bezahlbaren Wohnungsbau kann das Weltquartier sein, weniger aber die Wilhelmsburger Neue Mitte.
- 4.5 Ein Schlüssel 50:25:25 mit 50% sozialem Wohnungsbau ist bedarfsangemessener als ein Drittmix.

4.6 Leerstehender Raum (Flächen und Gebäude), auch von städtischen Beteiligungsunternehmen, ist darauf zu prüfen, wie er kurz- und langfristig für dringenden Wohnbedarf genutzt werden kann.

5 Der Verkehr muss wohnverträglich organisiert werden.

5.1 Dringend ist ein Gesamtverkehrskonzept, das die Wechselwirkung von MIV und ÖPNV berücksichtigt, den MIV begrenzt und den Radverkehr fördert.

5.2 Ein Schwerlastkonzept sollte angelehnt sein an den HPA-Masterplan Straßenverkehr der HPA von 2010 (Anlage), der z.B. Harburger Chaussee und Mengestraße vom Schwerlastverkehr befreit.

5.3 Eine Hafenquerspange ist für den Hafenverkehr nicht notwendig und für die Stadtentwicklung schädlich. Notwendig ist ein Neubau einer Köhlbrandquerung als Brücke oder Tunnel.

5.4 Eine Machbarkeitsstudie für eine U-Bahn/ Stadtbahn nach Wilhelmsburg und Harburg soll erstellt werden, um mögliche Trassen zu sichern. Bekannte Alternativen sind

- eine Stadtbahn vom Berliner Tor zum Stübenplatz (Grüne/ CDU);
- die Weiterführung der U4 als U-Bahn, Streckenführung vergleichbar Bus M13 (Handelskammer);
- die Weiterführung der U4 als Hochbahn auf der Trasse der jetzigen WRS bis Harburg (Rothschuh).

6 Arbeit und Soziales

6.1 Vor allem die Langzeit-Arbeitslosen brauchen eine Strategie für Qualifizierung und Beschäftigung.

6.2 Einzurichten sind Modellversuche für einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ zur Sicherung und Erweiterung der für das gute Zusammenleben in Wilhelmsburg erforderlichen Bereiche, die vormals von ABM-/ 1-Euro-Jobs abgedeckt wurden.

7 Umwelt

7.1 Schadstoffbelastung der Luft: Die auf Wilhelmsburg einwirkende zusätzliche Luftbelastung durch das Kohlekraftwerk Moorburg muss ausgeglichen werden durch Entlastung in anderen Bereichen des Verkehrs, des Hafens und der Industrie.

7.2 Erforderlich ist ein laufendes Monitoring der tatsächlichen Luftbelastung durch das Kohlekraftwerk. In Wilhelmsburg müssen Luftmessstationen aufgestellt werden, die die Gesamtbelastung der Luft genau und justitiabel untersuchen. Geeignete Maßnahmen sind erforderlich, damit die EU-Grenzwerte eingehalten werden. Zu den Luftmessstationen gibt es bereits erste Verabredungen zwischen dem Beirat für Stadtteilentwicklung und der BSU (Amt für Immissionsschutz).

7.3 Auch in Zukunft soll ein unabhängiger Energieverbund gefördert werden.

8 Sonstiges

8.1 Von großer Bedeutung ist die Weiterführung der Bildungsoffensive mit einem „regionalen Bildungsbüro“. Zur Realisierung des Bildungsanspruchs der aus Bulgarien sowie als Flüchtlinge angekommenen Kinder und Jugendlichen bedarf es hinreichender personelle und sachliche Ressourcen.

8.2 Es muss gesichert werden, dass eine Olympiaplanung keine negativen Auswirkungen auf Wilhelmsburg hat. Dies ist zu befürchten u.a. für die Nutzung des Spreehafens, für den Verkehr (Harburger Chaussee als Ersatz für Veddeler Damm) und bei der Verlagerung von Industrie und Gewerbe aus dem Grasbrook-Gebiet.

Lutz Cassel und Andreas Schwarz (aus dem Beirat für Stadtteilentwicklung), Anke Kewitz, Claudia Roszak, Michael Rothschuh und Manuel Humburg (aus Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.), Barbara Siebenkotten (aus der Gruppe „Engagierte Wilhelmsburger“), Gottfried Eich

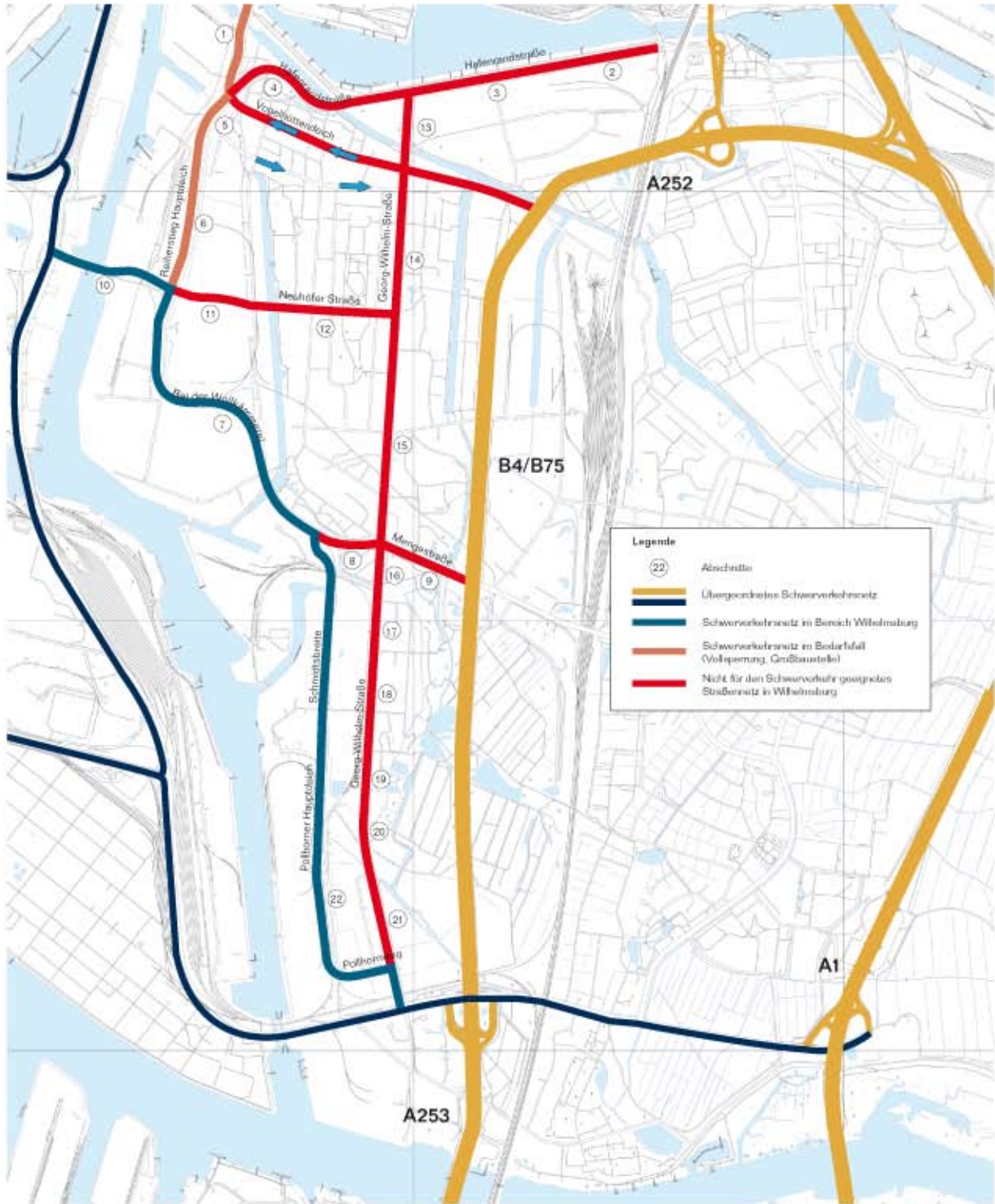


Abb. 42 Empfehlung für ein Schwerverkehrnetz Wilhelmsburg (Entwurfassung November 2009)

